

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesvorstand (beschlossen am: 26.01.2020)

**Titel:** **Menschenrechte dürfen nicht länger  
Profitinteressen von Unternehmen  
untergeordnet werden - Lieferkettengesetz jetzt!**

## Antragstext

1 Als es im Jahr 2013 in einer Textilfabrik in Bangladesch zum Einsturz kam,  
2 gingen Bilder von Trümmern der Fabrik, verzweifelten Überlebenden und  
3 verbrannten T-Shirts und Pullovern um die Welt. Als ein paar Stunden nach dem  
4 Unglück bekannt wurde, dass auch deutsche Textilhersteller\*innen dort  
5 produzierten, fühlte sich die Kleidung an unseren Körpern ganz anders an. Aber  
6 was können die Konsument\*innen dieser Kleidung schon über die Herstellung dieser  
7 wissen. Sie gehen nicht davon aus, dass die Kleidung, welche sie tragen, zu  
8 Ungerechtigkeit und zum Bruch der Menschenrechte beiträgt.

9 Die Bundesregierung setzt bislang darauf, dass sich Unternehmen freiwillig an  
10 die Menschenrechte halten. Doch wir sind überzeugt:

11 Freiwillige Initiativen können das Problem nicht lösen, es braucht einen  
12 gesetzlichen Rahmen. Denn nur so kann verbindlich sichergestellt werden, dass  
13 Unternehmen Menschenrechte in ihrer gesamten Lieferkette achten und  
14 Verantwortung übernehmen. Wer auf freiwillige Initiative setzt, wälzt die  
15 Verantwortung auf Verbraucher\*innen ab.

16 Der deutsche Konzern Bayer verkauft in Brasilien sowohl Glyphosat als auch fünf  
17 weitere Pestizide, die in der EU nicht mehr zugelassen und hochgiftig sind. Dort  
18 werden jährlich mehr als 6.000 Fälle von Pestizidvergiftungen registriert. Pro  
19 Jahr sterben dadurch durchschnittlich 148 Menschen.

20 Ein weiteres Pestizid, welches dort in den Einsatz kommt, ist das krebserregende  
21 Insektenpestizid Larvin, das im Baumwoll-, Mais- und Sojaanbau eingesetzt wird.  
22 Es wird sowohl aus dem Flugzeug, als auch mit Hilfe von Sprühfahrzeugen  
23 ausgebracht.

24 Es entsteht ein besonderes Gesundheitsrisiko für die Menschen, die in der  
25 Landwirtschaft arbeiten oder in der Umgebung leben. So wurden auch in vielen  
26 brasilianischen Städten Pestizidrückstände im Trinkwasser gefunden, darunter  
27 vier Wirkstoffe von Bayer. Bayer kontrolliert seine Geschäftspraktiken und deren  
28 Folgen auf Gesundheit und Umwelt in Brasilien nicht ausreichend. Auch in anderen  
29 Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens verkauft der Konzern diese giftigen  
30 Pestizide, die auf dem europäischen Markt verboten sind.

31 Weltweit leiden Mensch und Natur unter den Geschäften deutscher und europäischer  
32 Unternehmen, während diese keinerlei Konsequenzen befürchten müssen.

33 Unternehmen besitzen im globalen Wirtschaftssystem viel Macht. Daher kommen sie  
34 oft unbehelligt davon, wenn sie Profit über Achtung der Menschenrechte und  
35 Umwelt stellen. Die davon Betroffenen - seien es Arbeitnehmer\*innen, Betroffene  
36 von Umweltverschmutzung, Klimawandel und Kriegsverbrechen, aber auch  
37 Verbraucher\*innen- haben kaum Möglichkeiten, sich zu Wehr zu setzen.

38 Die GRÜNE JUGEND NRW sieht es als Ungerecht an, dass diese Firmen und Konzerne  
39 Sonderklagerechte genießen, während Betroffene dieses rücksichtslosen Handelns  
40 von Unternehmen keine Klagemöglichkeit gegen diese haben.

41 Einem solchen Machtungleichgewicht können Gesellschaft und Politik durch  
42 gesetzliche Regelungen entgegenwirken. In besonders hohem Maße verantwortlich  
43 ist dabei die Europäische Union, die sich als globale Wirtschafts- und  
44 Friedensnobelpreisträgerin, für Menschenrechte und Menschenwürde verpflichtet  
45 hat. Derzeit ist die EU aber noch sehr weit davon entfernt.

46 Wenn der Welthandel ökologisch und gerecht gestaltet werden soll, dürfen wir  
47 die Augen nicht vor den Lieferketten und den Bedingungen, unter denen im Rahmen  
48 dieser produziert wird, verschließen. Ein Lieferkettengesetz verpflichtet  
49 Unternehmen- wie zum Beispiel Bayer- dazu, die tatsächlichen und potenziellen  
50 Auswirkungen ihrer Geschäfte zu prüfen und diese zu beenden. Ebenso könnten  
51 Menschen, welche von Auswirkungen von Konzernen ausgesetzt sind, diese auf  
52 Entschädigung verklagen.

53 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert ein Lieferkettengesetz auf EU-Ebene und unterstützt  
54 die Initiative Lieferkettengesetz, denn wir wollen die wachsende Macht von

55 Konzerne nicht alternativlos in Kauf nehmen, sondern globale Solidarität durch  
56 die Wirtschaft.